

S T A D T W _ U P P E R T A L

An die
Präsidentin
des Landes NW
Frau Ingeborg Friebe MdL
Haus des Landtages

40190 Düsseldorf

An die
Landesregierung NW
z. H. Herrn Ministerpräsident
Dr. h. c. Johannes Rau MdL
Haus des Landtages

40190 Düsseldorf



Wuppertal, 05.07.1994

Erstattung der Aufwendungen der Kommunen für ausländische Flüchtlinge durch das Land - Gesetzentwurf der Landesregierung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 22.06.1994 das o. a. Thema beraten und folgende Resolution gefaßt:

Der Rat der Stadt Wuppertal spricht sich für eine kostendeckende Erstattung der Auslagen für Asylbewerberinnen und -bewerber, De-facto- und Bürgerkriegsflüchtlinge durch das Land aus.

Die vorgeschlagene Erstattungsregelung belastet den Etat der Stadt Wuppertal in Millionenhöhe.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, weitere und realistischere Vorschläge zur Deckung der Kosten der Unterbringung der obengenannten Gruppierungen zu unterbreiten.

Diese geben wir Ihnen hiermit zur Kenntnis und verbinden in Anbetracht der extrem schwierigen finanziellen Situation der Stadt damit die Bitte und auch Forderung, die Städte durch die Neuregelung nicht zusätzlich zu belasten.

Mit freundlichen Grüßen



Ursula Kraus
Oberbürgermeisterin



Dr. Cornelius
Oberstadtdirektor